

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 1204 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 88 848 ppbn d

## Inhalt

Horst Sielaff MdB, Bundesvorsitzender des Zentralverbandes der Mittel- und Ostdeutschen, wirft dem Bundeskanzler vor, Ewiggestrige in Schutz zu nehmen: Weiß Kohl nicht, wovon Czaja und Co. reden? Seite 1

Hugo Brandt MdL, Landes- und Fraktionsvorsitzender der SPD in Rheinland-Pfalz, befaßt sich mit der Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses: "Steueroase Rheinland-Pfalz"? Seite 3

Hedda Jungfer MdL wirft der Bayerischen Staatsregierung vor, den Verdrängungswettbewerb in die Familien hineinzu-tragen: "Junge Familien-väter bevorzugt..."? Seite 5

39. Jahrgang / 185

25. September 1984

Kohl nimmt Ewiggestrige in Schutz

-----  
Weiß der Kanzler nicht, wovon Czaja und Co. reden?

Von Horst Sielaff MdB  
Bundesvorsitzender des Zentralverbandes der Mittel- und Ostdeutschen

Bundeskanzler Kohl hat sich in der Deutschland- und Ostpolitik verrannt. Offensichtlich hatte er nicht die Kraft oder Fähigkeit, seine Regierungserklärung in diesem Bereich zur Richtschnur zu machen.

Am 4. Mai 1983 hatte er erklärt: "Wir wollen Aussöhnung und Verständigung mit Polen, wie sie in beispielhafter Form von beiden Kirchen eröffnet wurden. Geschlossene Verträge gelten. Wir wollen sie nutzen zum Ausbau unserer Beziehungen."

Jetzt muß der Kanzler zulassen, daß Fraktionsmitglieder seiner Partei im Bundestag von der "gewaltsamen Polnisierung von deutschen Städten" reden können. Der Staatssekretär Höpfinger kann es sich dann leisten, eine Frage im Bundestag, die eindeutig gegen eine Aussöhnung mit dem polnischen Volk gerichtet ist, nicht zurück-zuweisen.

Entweder ist es Hilflosigkeit oder aber politische Dummheit, wenn der Kanzler unüberlegt drauflosplappert und auf Ängste des polnischen Volkes so reagiert: der zu hörende Revanchismus sei "zu dümmlich, als daß man ihn ernst nehmen kann". Weiß Helmut Kohl wirklich nicht, was die Altvertriebenenverbände in ihren Publikationen alles schreiben und welche Forderungen teilweise in den Satzungen dieser Verbände festgeschrieben sind?

Im folgenden einige Beispiele:



"Kein Minister der Bundesregierung, auch nicht Minister des Koalitionspartners, dürfen die Zugehörigkeit der deutschen Ostprovinzen zum Fortbestehen des ganzen Deutschlands .... aus der aktuellen Politik und der operativen Diplomatie ausschließen. (Czaja, 1983)

"Die illegale Fremdbesiedlung Ostdeutschlands stellt absolut kein Faktum dar, an dem nicht mehr gerüttelt werden dürfe. Eine Repatriierung der dort nach 1945 angesiedelten Menschen wäre beileibe keine 'zweite Vertreibung'. Es ist nicht unbillig, vom Unrechtsverursacher zu verlangen, die ihm durch die Wiederherstellung des Rechtszustandes entstehenden Härten in Kauf zu nehmen." (CDU-MdB Hupka im Mai 1984)

"Deutschland, darunter verstehen wir Nord-, West- und Süddeutschland, die Bundesrepublik Deutschland, Mitteldeutschland, das sich heute DDR nennen lassen muß; und Ostdeutschland jenseits von Oder und Neiße." (Hupka in Bad Mergentheim 1984)

"Zu der immer wieder aufflackernden und auch aus bestimmten Gründen künstlich belebten Diskussion über die Oder-Neiße-Linie muß ergänzend bemerkt werden, daß es innerhalb des sowjetischen Imperialismus aus polnisch-kommunistischer Sicht gar nicht um die Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze geht, sondern um die Zementierung der Elbe-Werra-Linie als - vorläufige - Grenze der kommunistischen Herrschaft in Mitteleuropa." Und: "Der Status-quo in Mittel- und Osteuropa ist ein Status-quo des Unrechts." (Hupka am "Tag der Heimat" 1984)

Sind das etwa keine revanchistischen Forderungen? Sicherlich ist richtig, daß die große Mehrheit des deutschen Volkes nicht revanchistisch ist, aber auffällig viele Politiker aus den Unionsparteien tummeln sich in Organisationen, die von solchen Vorwürfen eben nicht freigesprochen werden können.

Der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland hätte die Ängste und Vorwürfe aus Osteuropa entkräften können, wenn er frühzeitig klar Stellung bezogen und nicht fast demonstrativ noch umstrittene Treffen besucht hätte. Der Kanzler Helmut Kohl gefährdet das Ansehen der Menschen in der Bundesrepublik Deutschland und verschleudert den wiedergewonnenen Respekt des deutschen Volkes in der Volksrepublik Polen und anderswo.

Es ist fast folgerichtig, daß durch den Eiertanz dieser Regierung in der Deutschland- und Ostpolitik auch bei den befreundeten Staaten im Westen immer mehr Irritation entsteht.  
(-/25.9.1984/ks/rs)

+ + +



Der Vorwurf "Steueroase Rheinland-Pfalz" wird untersucht

Sozialdemokraten haben einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuß durchgesetzt

Von Hugo Brandt MdL

Landes- und Fraktionsvorsitzender der SPD in Rheinland-Pfalz

Die Sozialdemokratische Landtagsfraktion hat vor wenigen Tagen die Einsetzung des ersten Parlamentarischen Untersuchungsausschusses der laufenden Wahlperiode beantragt und - als Minderheitsrecht - auch durchgesetzt. Zweck dieses Untersuchungsausschusses ist es, den eventuellen Zusammenhang mit steuerlicher Veranlagung und Prüfung zu untersuchen, insbesondere der "Staatlichen Vereinigung e.V. 1954 Köln/Koblenz", der "Gemeinschaft zur Erschließung unterentwickelter Märkte" und der "Gesellschaft für Europäische Wirtschaftspolitik e.V. Neuwied" und vergleichbarer Institutionen oder Verbände.

Wir Sozialdemokraten möchten diese Frage deshalb und auf diese Weise untersucht haben, weil in einem umfänglichen Dossier der Wochenzeitung "Die Zeit" (Titel "Steuroase Rheinland-Pfalz") eine Fülle von Vorwürfen gegen hohe Beamte und gegen politisch Verantwortliche der Landesregierung Rheinland-Pfalz erhoben worden sind. Wir sind der Meinung, daß diese Vorwürfe der Klärung bedürfen. Diese Vorwürfe können entweder bestätigt oder widerlegt werden, nur eins dürfen sie nicht: sie dürfen nicht in der Schwebe bleiben.

Deshalb die von uns beantragte Untersuchung durch einen Ausschuß des Parlaments. Wir sind diese Untersuchung auch all jenen schuldig, die brave Steuerzahler sind - Arbeiterinnen und Arbeiter, Angestellte beiderlei Geschlechts, Beamtinnen und Beamten, einschließlich auch derjenigen, die in den Finanzämtern arbeiten, die alle ihre Steuern bezahlen und die deshalb mit Verwunderung und auch mit Erbitterung auf bestimmte Praktiken schauen, die sie nicht verstehen können. Sie würden es aber gewiß erst recht nicht verstehen, wenn wir uns nicht um eine möglichst restlose Aufklärung aller Vorwürfe bemühen würden.

Verstehen würden das auch nicht all die kleinen Sport- und Kulturvereine, die ebenfalls verbittert sind, wenn ihre oft mit sehr viel persönlichem Einsatz durchgeführten kleinen Festchen steuerliche Aufmerksamkeit genießen und seit geraumer Zeit auch überprüft werden, während an anderer Stelle mit einer für uns und für sie unverständlichen Großzügigkeit verfahren wird; und dort handelt es sich um Beträge, die in die Hunderte von Millionen gehen, und nicht um ein paar hundert Mark, wie bei den meisten kleinen Vereinen.



Wir Sozialdemokraten in Rheinland-Pfalz sind gefragt worden, ob wir unter Umständen ein Interesse daran hätten, das Beweisthema noch auszuweiten. Dazu nur dieses: Es besteht nicht das geringste Interesse, uns um Vorgänge etwa in Berlin, Hannover, Düsseldorf (und wo auch immer sonst) zu kümmern. Die Kollegen dort in Berlin, Hannover, Düsseldorf und anderswo müssen selbst entscheiden, was sie in ihrer Verantwortung tun wollen. Hier in Mainz geht es um die Landesregierung in Rheinland-Pfalz, hier geht es vor allen Dingen um Vorgänge, die sich im Zusammenhang mit den Finanzämtern Koblenz, Mainz und Neuwied abgespielt haben, soweit wir es bis jetzt wissen.

Es wird auch die Frage gestellt, ob es denn klug von uns sei, so etwas zu tun, wo doch nicht auszuschließen sei, daß auch die Sozialdemokraten davon betroffen sein könnten. Ich habe bisher keinerlei Anhaltspunkte dafür, aber ausschließen möchte ich in diesem Bereich überhaupt nichts mehr, auch das nicht. Aber dies ist überhaupt kein Anlaß, auf eine Untersuchung zu verzichten, die aus vielerlei Gründen notwendig ist, auch dann, wenn die eigene Partei betroffen sein könnte!

Die CDU und die Landesregierung machen es sich da leichter. Die führenden Christdemokraten haben sich gegenseitig bereits absolut weiße Westen bestätigt und "Vorab-Freisprüche" verkündet, obwohl nicht einer der von der "Zeit" beschuldigten hohen Beamten dienstlich gehört wurde, obwohl die meisten Akten - angeblich - nicht greifbar waren. Schlimm sind die "Persilscheine" vor allem deshalb, weil zu befürchten steht, daß dies zugleich die vorgezeichnete Marschroute für die CDU im Untersuchungsausschuß wird, denn die Union hat - wie im Landtag - auf jeden Fall die Mehrheit.

Wir werden im Untersuchungsausschuß daher immer wieder daran erinnern, daß die CDU versprochen hat, zügig an der Aufklärung des Vorwurfes mitzuarbeiten, "schwarzer Filz" habe es den Spendensammlern und "Geldwäschern" von CDU und FDP attraktiv erscheinen lassen, sich in Rheinland-Pfalz niederzulassen und zum Beispiel das nahe Hessen zu verlassen und Nordrhein-Westfalen nur bedingt als Sitz vorzusehen. Die vor wenigen Monaten ergangene Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, wonach Untersuchungsausschüssen der Parlamente auch Steuerakten zuzuleiten sind, dürfte dem Mainzer Untersuchungsausschuß die Arbeit wesentlich erleichtern.

(-/25.9.1984/ks/rs)

+ + +



**"Junge Familienväter bevorzugt...!"?**

Die bayerische Staatsregierung trägt den Verdrängungswettbewerb in die Familien

Von Hedda Jungfer MdL

Die Bayerische Staatsregierung war schon immer groß, wenn es darum ging, verbal den Mangel an Arbeitsplätzen zu beseitigen anstatt der eigenen Verantwortung gerecht zu werden. Unter diese Kategorie fällt auch der Appell des Ministerrates an Berufstätige im öffentlichen Dienst, freiwillig auf ihren Arbeitsplatz zu verzichten, wenn der Ehepartner ebenfalls im öffentlichen Dienst arbeitet. In der gleichen Sitzung beschloß der Ministerrat, bei Neueinstellungen den Familienstand in besonderer Weise zu berücksichtigen. Was von Staatskanzlei-Staatssekretär Edmund Stoiber so interpretiert wurde, daß "junge Familienväter" bevorzugt werden.

Empfehlung wie auch Beschluß sind in meinen Augen mehr als fragwürdig: Der Mangel an Arbeitsplätzen wird nun als Verdrängungswettbewerb in die Familien hineingetragen. Wer dann in der Familie in der Regel seinen Arbeitsplatz behält, dürfte auch klar sein: der Mann. Es ist also der unverhohlene Versuch, die Frauen wieder zurück an den heimischen Herd zu scheuchen, wie dies stets Strategie der Konservativen war, wenn es galt, den Arbeitsmarkt zu "entlasten". Neben dieser unverblühten Einschätzung der Frauen als willkommene Verfügungsmasse zur Regelung des Arbeitsmarktes sehe ich aber auch das Eingeständnis der Staatsregierung - entgegen ihrer bisherigen Behauptung - daß die fehlenden Arbeitsplätze auf absehbare Zeit nicht geschaffen werden können.

In einer Schriftlichen Anfrage habe ich auch die von Stoiber erklärte Bevorzugung "junger Familienväter" hinterfragt: So beispielsweise wie die Staatsregierung die mit dieser Bevorzugung automatisch verbundene Benachteiligung junger Familienmütter mit dem Gleichheitsgrundsatz in Artikel 3 des Grundgesetzes zu vereinbaren gedenkt. Oder wie beispielsweise ledige oder geschiedene Familienväter oder Familienmütter nun ihr Recht und ihre Chancen auf Arbeit und auf Zugang zum öffentlichen Dienst einschätzen können. Und schließlich: Wie sollen Unverheiratete eine Familie gründen können, wenn ihnen die Arbeitsmöglichkeit verwehrt wird?

Im Klartext bedeutet der Beschluß des Ministerrates nach meiner Ansicht: "Du mußt Mann sein, heiraten und eheliche Kinder zeugen, um deine Einstellungschancen in den öffentlichen Dienst zu verbessern." Womit die Staatsregierung gegen eine Vielzahl von Artikeln der Bayerischen Verfassung und des Grundgesetzes verstößt, beispielsweise gegen den Schutz der Menschenwürde (Artikel 100 der Bayerischen Verfassung und Artikel 1 des Grundgesetzes), gegen die freie Entfaltung der Persönlichkeit (Artikel 101 BV und Artikel 2 GG), gegen den Gleichheitsgrundsatz (Artikel 118 BV und Artikel 3 GG), gegen den Schutz von Ehe und Familie (Artikel 124 BV und Artikel 6 GG), gegen die Berufsfreiheit (Artikel 12 GG), gegen die staatsbürgerlichen Rechte (Artikel 33 GG) sowie gegen den Zugang zu öffentlichen Ämtern (Artikel 116 Bayerische Verfassung).  
(-/25.9.1984/ks/rs)

+ + +

